

betreffend zunehmendem Linksextremismus – was unternimmt die Regierung dagegen?

Vergangene Ereignisse wie bspw. die Ausschreitungen an einer unbewilligten Demonstration von linksextremen Klimachauten im Februar 2023 in der Basler Innenstadt, bei welcher es u.a. zu verletzten Polizisten und einer massiven Gewalteskalation von gekommen ist, zeigen, dass in Basel-Stadt der Linksextremismus zu einem zunehmenden Problem wird. Auch das jüngste Beispiel, die unbewilligte Demonstration Linksextremer am 8. März 2023 bestätigt diese Annahme.

Auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) weist in seinen Berichten darauf hin, dass es in der Schweiz ein massives Problem mit Linksextremismus gibt. Im Jahr 2021 wurden gut 200 linksextreme Ereignisse gezählt, wovon über ein Drittel (81) gewalttätig waren.

Der Basler Extremismus-Experte Samuel Althof verglich bereits 2021 in einem Interview im BLICK die Linksaktivisten mit einer Sekte. Und sagte: «Sie sehen die Menschen, die sie angreifen, nur noch als Teil des Systems, das sie bekämpfen.» Dadurch sei die Hemmschwelle tiefer: «Das Opfer wird gar nicht mehr als Mensch gesehen, so entsteht ein enorm hohes Gewaltpotenzial.»

In Basel muss man mittlerweile, nicht nur wegen der Vielzahl an Demonstrationen Linksextremer, von einer ganzen Anschlagserie sprechen. So führte die Staatsanwaltschaft schon vor gut 1 ½ Jahren im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum diverse Verfahren. Dort wurden Mitarbeitende von Linksextremen angegriffen. Firmen, die mit dem Ausbau des Gefängnisses zu tun hatten, wurden Opfer von Brandanschlägen.

Leider kann nicht festgestellt werden, dass die Regierung des Kantons Basel-Stadt sich diesem Thema annehmen will, obschon der Linksextremismus eine Gefahr für die Rechtsordnung in unserem Land ist. Leider wird, so muss man zumindest die Medienmitteilung im Nachgang zum Polizeieinsatz vom 8.3.2023 von SP, Grünen, BastA!, Jungen Grünem Bündnis und weitere linken Organisationen verstehen, der Linksextremismus in Basel-Stadt weitgehend toleriert. So passt auch, dass seit mehreren Wochen am Petersplatz neben dem Universitätsgebäude eine Flagge auf öffentlichem Grund zwischen zwei Bäumen hängen darf, die eine Solidarisierung mit Hausfriedensbrechern an Basler Schulen, die u.a. am Gymnasium Münster eine Aula besetzten, zum Ausdruck brachten. Wäre die Flagge von einer nicht der linken Szene zugeordneten Gruppierung aufgehängt worden, hätte der Kanton oder die Universität wohl schon längstens die Beseitigung in Angriff genommen.

Im Legislaturplan 2021-2025 des Regierungsrates werden diverse Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen festgehalten. Das Wort «Sicherheit» findet sich dort nirgends. Ebenfalls fehlt ein Abschnitt zur Bekämpfung von Linksextremismus.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso findet sich im Legislaturplan kein Schwerpunkt zur Sicherheit oder der Bekämpfung des Linksextremismus?
2. Ist für den Regierungsrat die Bekämpfung des Linksextremismus unwichtig?
 - 2.1. Falls ja: Ist dies dem Umstand geschuldet, dass Parteien, welche im Regierungsrat und im Grossen Rat fast die Mehrheit stellen, sich des Öfteren mit Linksextremen solidarisieren?
 - 2.2. Falls nein, welche konkreten Massnahmen sind umgesetzt worden, um den Linksextremismus zu bekämpfen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, dass Thema «Bekämpfung des Linksextremismus», was nachweislich im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl an Demonstrationen in Basel steht, in den nächsten Legislaturplan aufzunehmen?
 - 3.1. Falls nein: Weshalb nicht?

Das Kontrollorgan über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt hielt in seinem Bericht 2021 fest, dass die Basler Abteilung des Nachrichtendienstes des Bundes, die FG9, dem «Extremismus nicht zu wenig Aufmerksamkeit schenken würde».

4. Ist diese Aussage dem Umstand geschuldet, dass dem Kontrollorgan mit dem der SP nahestehenden Staatsrechtsprofessor Markus Schefer, eine Person vorsteht, welche das Problem der Demonstrationen und Ausschreitungen in der Regel banalisiert?
5. Ist dieser Aussage weiter dem Umstand geschuldet, dass eine weitere Person des Kontrollorgans Mitglied der SP ist, welche mit ihrer Medienmitteilung zum besagten Polizeieinsatz vom 8.3.2023, den Pfad der Rechtsstaatlichkeit verlassen hat?

Seit mehreren Wochen hängt zwischen zwei Bäumen vor der Universität am Petersplatz eine Flagge, welche sich mit illegalen Schulbesetzungen – wie diejenige am Gymnasium Münsterplatz von vor einigen Wochen – solidarisiert.

6. Weshalb haben der Kanton und die Universität nicht schon längstens, wie in anderen Fällen sonst immer, diese Flagge beseitigt?
7. Liegt dies daran, dass der Regierungsrat auf dem linken Auge blind ist und derartige illegale Aktionen ganz grundsätzlich immer dann toleriert, wenn sie von links kommen?

Pascal Messerli